

den werden. Vor allem aber bedarf es einer gemeinsamen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Vieles davon scheitert bislang am Widerstand der Bundesregierung. Wenn die Euro-Währungszone nicht zerbrechen soll, ist eine neue Europapolitik auf Seiten des größten und wirtschaftlich mächtigsten Staates, der Bundesrepublik Deutschland,

notwendig. Die finanzmarktkapitalistischen Verhältnisse wurden politisch herbeigeführt – mit dem richtigen politischen Willen können sie auch verändert werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die zu erwartende politische Lähmung bis zur Bundestagswahl 2013 nicht das europäische Projekt als solches gefährdet. ■

Elisabeth Klatzer / Christa Schlager

Die neoliberale EU-Krisenpolitik gefährdet die Gleichstellung

Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Diese »stille Revolution« (Kommissionspräsident Barroso) begünstigt neoliberale Interessen und ist maskulin geprägt. Sie geht, wie die genderpolitische Analyse der Autorinnen zeigt, auf Kosten der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Der revolutionäre Charakter der im Schatten der Krise geschaffenen neuen wirtschaftlichen Architektur wird erst langsam wahrgenommen. Daher werden im Folgenden kurz die Kernelemente der neuen Regeln dargestellt. Die Steuerungsmechanismen der EU-Krisenpolitik sind von drei Prinzipien geprägt:

Erstens: Starke Regelgebundenheit. Die innerhalb und außerhalb des EU-Rechts geschaffenen Regeln für Fiskal- und Wirtschaftspolitik engen politische Entscheidungsspielräume der EU-Länder drastisch ein.

Zweitens: Übertragung heikler wirtschafts- und haushaltspolitischer Kompetenzen an die Exekutive. Speziell die Finanzbürokratie der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten wird durch erheblichen Machtzuwachs ins Zentrum wirtschaftspolitischer Entscheidungen gerückt.

Drittens: Schaffung und Verstärkung intransparenter Prozesse ohne Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme bzw. Kontrolle. So werden z.B. die Verfahren bezüglich übermäßiger Defizite oder makro-



Elisabeth Klatzer

ist Politische Ökonomin und arbeitet am Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Vorstandsmitglied von ATTAC-Österreich.

elisabeth.klatzer@wu.ac.at



Christa Schlager

ist Ökonomin und Redakteurin der Zeitschrift *Kurswechsel* in Wien.

christa.schlager@akwien.at

ökonomischer Ungleichgewichte weitgehend innerhalb der Bürokratie und abseits der Öffentlichkeit abgewickelt. Dies ist sehr bedenklich, da es um heikle wirtschafts- und haushaltspolitische Prioritäten geht. Im Rahmen der Verfahren wird den Euroländern unter Androhung erheblicher finanzieller Sanktionen wenig Handlungs-

spielraum gelassen. Die u.a. von Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich ins Spiel gebrachten »Wettbewerbspakte« folgen der gleichen Logik. Wesentliches Ziel dieses Vorstoßes ist es eine höhere Verbindlichkeit für die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, einschließlich eines erhöhten Drucks auf die Löhne und eines Abbaus von Arbeitnehmerrechten, zu erreichen.

Die wirtschafts- und budgetpolitischen Schwerpunkte des neuen Regelwerkes beruhen auf zwei simplen neoliberalen Denkmustern:

Erstens: Der Defizit- und Schuldenabbau ist oberstes Prinzip, unabhängig von der konjunkturellen Situation. Dies führt in die wirtschaftliche und soziale Katastrophe, wie an den weiterhin negativen Wachstumsaussichten für die Eurozone und der Rekordarbeitslosigkeit in den meisten EU-Ländern ersichtlich ist. Alternative Optionen, wie z.B. eine koordinierte Steuerpolitik, die Schließung von Steueroasen, der Kampf gegen Steuerhinterziehung, um die Staatseinnahmen nachhaltig zu sichern, oder die Abkoppelung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten werden nicht ernsthaft diskutiert.

Zweitens: Das Mantra der Wettbewerbsfähigkeit überdeckt alles. Strukturreformen werden forciert, wobei dies mit Lohnzurückhaltungen oder -kürzungen und dem Abbau von Arbeitsrechten verbunden ist. Alternativen, wie eine effektive Lohnkoordinierung in der EU oder höhere Lohnabschlüsse in Überschussländern wie Deutschland, werden nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Die für den Wirtschaftsaufschwung dringend nötige Nachfrage, die durch Löhne und öffentliche Ausgaben ermöglicht wird, wird negiert.

Männerdominierte EU-Institutionen

In den vergangenen Jahren wurde die haushalts- und wirtschaftspolitische Gestal-

tungsmacht von den EU-Ländern hin zu den europäischen Institutionen verlagert. Insbesondere wurde der Entscheidungsspielraum nationaler Parlamente drastisch eingeengt, vor allem durch den Fiskalpakt samt Schuldenbremse, den verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) und die makroökonomische Überwachung. An Macht gewonnen haben die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister.

Frauen sind zwar in den nationalen Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert – sowohl zahlenmäßig als auch in Bezug auf die Vertretung ihrer Interessen. Dennoch konnten Frauen in den vergangenen Jahren dort relativ stark an Terrain gewinnen. Und genau diese relativ gleichstellungsfreundlicheren Institutionen werden jetzt durch die neuen EU-Regeln erheblich geschwächt.

Die Bürokratie und insbesondere jene Teile, die männlich dominiert und von maskulinen Werten, Traditionen und Verhaltensmustern geprägt sind, gewinnen gegenüber den Parlamenten erheblich an Gestaltungsmacht: die Finanzministerien in den EU-Ländern und die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen innerhalb der Europäischen Kommission ebenso wie die EZB.

Der Machtverlust der nationalen Parlamente und die verstärkten finanzbürokratiegeleiteten Verfahren haben wesentliche Auswirkungen auf die Repräsentation und den Einfluss von Frauen auf wichtige Entscheidungsprozesse. Mühsam erkämpfte Terraingewinne von Frauen in demokratischen Institutionen werden zu einem großen Teil zunichte gemacht. Die Verlagerung der Entscheidungsmacht auf EU-Kommission und -Rat, sowie der steigende Einfluss von EZB und IWF sind in Kombination mit den intransparenten Verfahren geschlechterpolitisch höchst problematisch.

Die Intransparenz befördert die bereits bestehenden undurchschaubaren Ver-

flechtungen zwischen EU-Institutionen und multinationalen Unternehmen sowie Finanzinstitutionen. Diese Institutionen repräsentieren Terrains von Maskulinität und männlich dominierter Macht. Im neuen Gefüge wird es zudem immer schwieriger, Frauen- und Gleichstellungsinteressen zu vertreten, da die neuen Mechanismen im Vergleich zu nationalen Parlamenten und Regierungen ungleich weniger rechenschaftspflichtig und für gesellschaftliche Interessen ohne große Lobby und Finanzmittel weit weniger zugänglich sind.

Die männlich gefärbte Ausrichtung dieser Institutionen ist auch in Bezug auf die wirtschaftspolitische Agenda der EU nicht neutral. Bereits innerhalb der Europäischen Kommission zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich wirtschaftspolitischer Prioritäten. Während andere Dienststellen durchaus eine sozial- und arbeitsmarktpolitisch ausgewogenere Vorgangsweise bevorzugen, favorisiert die mit großem Machtzuwachs ausgestattete Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen einen einseitigen Austeritätsskurs. In die Prioritätensetzungen fließen hegemoniale Interpretationen ein, die dem patriarchalen Machterhalt dienen. So werden beispielsweise in der Interpretation von Zukunftsbranchen und Wachstumssektoren soziale Dienste und Pflegeleistungen völlig ausgeblendet, obwohl diese ein großes ökonomisches Potenzial beinhalten. Es ist wohl kein Zufall, dass dies Branchen sind, in denen überwiegend Frauen arbeiten und die insbesondere auch große Bedeutung in der Entlastung unbezahlter, vorwiegend von Frauen getätigter Arbeit hätten.

Die neuen wirtschaftspolitischen Mechanismen fördern die angeblich unabhängige Expertokratie. Jedoch sind gerade technokratische, nicht demokratisch kontrollierte und legitimierte Entscheidungsmechanismen besonders anfällig für verschleierte Interessenpolitik und einseitige Geschlechterpolitik.

Weniger Geld für emanzipatorische Politik

Die restriktiven fiskal- und wirtschaftspolitischen Regeln beinhalten eine Reihe von geschlechterpolitischen Schieflagen: Bindende Fiskalregeln, das Festhalten an der grundsätzlichen Marktgläubigkeit und am vorrangigen Ziel der Geldwertstabilität dominieren alle Politikbereiche. So werden sozialstaatliche Leistungen drastisch beschnitten, was die Situation von vielen Frauen, die aufgrund gesellschaftlicher Arbeitsteilung einen großen Anteil der Sorge-, Pflege- und Haushaltsarbeit zu leisten haben, weiter schwächt. Die Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichstellung von Frauen und Männern wird damit erschwert. Der durch die Politik der leeren Kassen verstärkte Druck durch Risikoindividualisierung belastet all jene, die nicht dem Idealbild der flexiblen, wenn möglich gut gebildeten, jederzeit einsatzbereiten Arbeitskraft entsprechen.

Der Druck von europäischer Seite beschleunigt den Wandel des öffentlichen Sektors vom Wohlfahrtsstaat hin zum Wettbewerbsstaat, mit ungleich gravierenderen Auswirkungen auf Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position und der nach wie vor bestehenden geschlechterspezifischen Arbeitsteilung. Die Kürzung von Sozialleistungen ist zwar im Rahmen der neuen Regeln nicht zwingend erforderlich, allerdings wird in Zeiten des Sparzwangs zumeist in diesen Bereichen gekürzt. Im Rahmen der europäischen Vereinbarungen wird explizit die Reform der Gesundheits-, Sozial- und Rentenleistungen angestrebt, was de facto geringere Leistungen bedeutet. Kosten werden in den privaten Bereich verlagert, wo Frauen vielfach die öffentlichen Leistungskürzungen mit ihrer unbezahlten Arbeit kompensieren. In Haushalten, die es sich leisten können, verschiebt sich die Last oft auf – zum Teil illegale – Migrantinnen, die schlechten Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt sind.

Die strikten Schulden- und Defizitregeln führen in vielen Ländern zu drastischen Maßnahmen. Lohnkürzungen und der Abbau öffentlicher Beschäftigung – oft besonders in frauendominierten Bereichen – sind auf der Tagesordnung. Ausgehend davon, dass der öffentliche Sektor immer noch relativ gute Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und oft bessere Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig geringerem Gender Pay Gap bietet, bedeutet dieser Abbau, dass die Ungleichheiten am Arbeitsmarkt wieder drastisch zunehmen.

Gleichzeitig gibt es mehrere Länder, in denen öffentliche Gleichstellungsinstitutionen im Zuge der Sparmaßnahmen demontiert werden, so etwa in Spanien, Großbritannien und Irland. Damit werden ohnehin zähe und langsam vorankommende Bemühungen, Diskriminierungen abzubauen und Gleichstellung zu fördern, weiter zurückgeworfen und behindert.

ArbeitnehmerInnen tragen Kosten der Fehlkonstruktion WWU

Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verschieben den Anpassungsdruck primär auf die Arbeitsmärkte. Ungleiche Entwicklungen innerhalb der WWU sollen gemäß neoliberaler Vorstellung durch Flexibilisierung, Liberalisierung, das Absenken der Löhne und den Abbau von Arbeitsrechten ausgeglichen werden. Dies kann nicht funktionieren, da die dann fehlende Kaufkraft wirtschaftliche Ungleichgewichte, auch solche zwischen den ArbeitnehmerInnen, verstärkt. Die Auswirkungen dieser Politik sind nicht nur eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sondern auch Prekarität, Teilzeitarbeit, Armutsgefährdung trotz Arbeit und eine weitere Öffnung der Einkommensschere. Zusammen mit dem Fehlen eines expliziten geschlechterpolitischen Fokus in der europäischen Beschäftigungspolitik führt dies zur Verstärkung

von geschlechterpolitischen Ungleichheiten und geschlechterspezifischen Rollenteilungen. Die verstärkte Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt wird nicht aus der Gleichstellungs-, sondern primär aus der Wettbewerbsfähigkeitsperspektive gesehen: Frauen als zusätzliche Manövriermasse am Arbeitsmarkt und billige Arbeitskräfte. Eine höhere Frauenbeschäftigungsquote führt nicht primär zu einem steigenden Arbeitsvolumen von Frauen, sondern geht einher mit steigender Prekarität, niedrigen Einkommen und unsicheren Arbeitsplätzen.

Rückschlag für Gleichstellungspolitik

Die im Zuge der EU-Krisenpolitik verstärkte Verbindlichkeit neoliberaler Regeln für die Wirtschaftspolitik in der EU zementiert zugleich die geschlechterpolitische Blindheit und die geschlechterpoli-

tischen Schief lagen. Kosten und Risiken werden vielfach auf Frauen abgewälzt. Die europäische Krisenpolitik ist Geschlechterpolitik mit verdeckten Karten. Interessant ist, dass die – männlich dominierten – Krisenverursacher wie die europäischen Institutionen, die die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben haben, aber auch internationale Institutionen wie der IWF, nunmehr unhinterfragt als Krisenlöser agieren und sich nicht nur an der Macht halten, sondern diese auch ausbauen können. Durch die neuen Steuerungsmechanismen verlieren Frauen entscheidend an mühsam erkämpftem Terrain bei der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Die EU bewirkt mit der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung nicht nur enorme wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitische Kosten und gefährdet langfristig die europäische Integration, sondern riskiert Rückschritte in der Gleichstellung von Frauen und Männern und festigt die Macht männlicher Strukturen. ■

Gustav A. Horn

Wie die Finanzmärkte kontrolliert werden können

Dass die Finanzmärkte unter Kontrolle gebracht werden müssen, ist inzwischen breiter Konsens. Doch wie soll das geschehen? Und muss eine internationale Übereinkunft über alle Maßnahmen bestehen oder könnte nicht auch Deutschland allein aktiv werden?

Seit Ende der 70er Jahre hat sich das Wirtschaftssystem der westlichen Industriestaaten grundlegend gewandelt. Im Zuge einer Politik, die die Märkte zunehmend deregulierte, verschob sich die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel und damit auch über die Renditen spürbar. Die Deregulierung der Finanzmärkte führte dazu, dass immer mehr finanzielle Mittel auf die Wertpapiermärkte flossen. Neue Eigentümer waren zunehmend institutionelle Anleger von Kapital sammeln-



Gustav A. Horn

(* 1954) ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung und außerplanmäßiger Professor an der Universität Flensburg.

gustav-horn@boeckler.de

den Fonds verschiedenster Provenienz. Im Unterschied zu wenig machtbewussten Einzelaktionären, üben sie ihre Rechte als